

ANFRAGE Stadträtin Rita Fromm (FDP) Stadtrat Tom Høyem (FDP) Stadtrat Karl-Heinz Jooß (FDP) Stadtrat Thomas H. Hock (FDP) Stadtrat Thomas Kalesse (FDP) Stadtrat Heinz Golombeck (FDP) FDP-Gemeinderatsfraktion vom 9. Oktober 2012	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	40. Plenarsitzung Gemeinderat 20.11.2012 1248 15 öffentlich
Gemischte Wertstofftonne und Absichtserklärung zur Einführung der Papiertonne zur möglichen sortenreinen Erfassung von PPK(Papier, Pappe, Kartonagen)-Abfällen		

1. Hat die Verwaltung vor, ab dem 01.01.2015 auch Metall- und Kunststoffabfälle getrennt zu sammeln? Wie viele Tonnen müssen die Bürger dann insgesamt vorrätig halten?
2. Wie werden die Auswirkungen auf die Abfallgebühren konkret und detailliert berechnet?
3. Wie sind die Auswirkungen auf die Sammeltätigkeit der Vereine? Was wurde mit diesen bisher besprochen oder vereinbart? Falls hier bisher nichts erfolgt ist, welche Vorstellungen hat die Verwaltung diesbezüglich?
4. Entwickelt die Verwaltung aufgrund der gravierenden gesetzlichen Änderungen zum 01.01.2015 ein Gesamtkonzept der Abfallverwertung/-beseitigung?

Sachverhalt/Begründung:

Für die Einführung einer reinen Papiertonne bezieht sich die Verwaltung auf § 14 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG). Dort ist aber die Rede davon, dass nicht nur Papier und Glas ab dem 01.01.2015 getrennt zu sammeln sind. Vielmehr werden dort auch Metall- und Kunststoffabfälle genannt.

Es stellt sich somit die Frage, warum in der Planung für die Zeit ab dem 01.01.2015 die Verwaltung nur das Papier erwähnt, aber nicht darlegt, wie sie das Gesetz bezüglich Metall und Kunststoff umsetzen will.

Sollen den Bürgern dann - unzumutbarerweise - noch mehr Tonnen vor die Tür gestellt werden? Vor einem so unausgegorenen Hintergrund wie hier dargestellt, ist es den Karlsruher Bürgerinnen und Bürger nicht zumutbar, eine vierte Pflichttonne zu haben.

Die FDP-Fraktion war schon gegen die dritte Pflichttonne (Biotonne), die nur mit einer Stimme Mehrheit durchgesetzt wurde.

Aber auch bezüglich einer Papiertonne gibt es Fragen zur Umsetzung des Gesetzes, in diesem Fall zu § 17 KrWG, der in der Vorlage keinerlei Erwähnung findet.

Zu diesen Punkten finden sich in der Beschlussvorlage allenfalls rudimentäre Ausführungen. Die Ausführungen in Ziffer 3 sind keinesfalls ausreichend angesichts der hochkomplexen gesetzlichen Regelung.

So wird z. B. nicht dargestellt, wie sich die genannte Reduzierung der Sortierungskosten errechnet. Dies gilt umso mehr angesichts der vom Gesetz vorgesehenen getrennten Sammlung von Metall und Kunststoffen.

Es wird weiter nicht konkret dargelegt, wie sich dies auf die vom Gesetz genannte Stabilität der Gebühren auswirkt. Die Qualifizierung von nicht erfolgten Einnahmen als „Verlust“ ist wenig verständlich. Hier bedarf es schon der Vorlage einer Berechnung, auch unter Einbezug der Mehrkosten, die der Stadt durch die Sammlung entstehen.

Die Ausführungen zu den Vereinen, die bisher Altpapier sammeln und damit ihre Jugendarbeit teilweise finanzieren, sind unbefriedigend. Die Aussage, dass zeitnah mit den Vereinen Gespräche geführt werden sollen, heißt ja wohl, dass bisher kein Gespräch stattgefunden hat. Dies fällt aber wohl unter die im Gesetz erwähnte gemeinwohlorientierte Servicegerechtigkeit und wird im Endeffekt auch Auswirkungen auf evtl. Einnahmen der Stadt haben, so dass dies vor einem Beschluss geklärt sein muss.

Dies gilt umso mehr, als es zwischen dem bisherigen Betreiber der blauen Tonne und den Vereinen Vereinbarungen gibt.

Angesichts der komplexen neuen Regeln ab dem 01.01.2015 stellt sich die Frage, ob die gegenwärtige Art und Weise der Abfallbeseitigung/-verwertung dann noch zeitgemäß ist oder ob es nicht höchste Zeit ist, dass die Verwaltung ein Gesamtkonzept vorlegt und nicht nur Einzelpunkte wie die Papiertonne oder die Änderung der bestehenden Biovergärungsanlage. Dies gilt insbesondere für die Errechnung der zukünftig von den Bürgerinnen und Bürgern zu zahlenden Gebühren.

unterzeichnet von:

Rita Fromm

Tom Høyem

Karl-Heinz Jooß

Thomas H. Hock

Thomas Kalesse

Heinz Golombeck

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

9. November 2012